

Mediationsverfahren Zukunft Landwehrkanal

Arbeitskreis: Umgang mit kurzfristigen Maßnahmen

5. Sitzung

Protokoll

Datum: 11.02.2009
 Beginn: 17:15 Uhr
 Ende: 21:15 Uhr
 Ort: WSA Berlin
 Mediatoren: Beate Voskamp & Stefan Kessen
 Protokoll: Beate Voskamp & Stefan Kessen

Teilnehmer/innen an der 5. Sitzung des Arbeitskreises:

Wasser- und Schifffahrtsverwaltung

Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost	Herr Hädicke		anwesend
	Frau Bugner		anwesend
Wasser- und Schifffahrtsamt Berlin	Herr Scholz	Amtsleiter	anwesend
	Frau Riemer	Sachbereich 2	anwesend

Bezirksämter

BA – Mitte	Herr Leder	Straßen- und Grünflächenamt Leiter der Baumpflege und Friedhöfe	entschuldigt
BA - Charlottenburg-Wilmersdorf	Frau Weigelt-Pilhofer	Grünflächen- und Tiefbauamt Charlottenburg-Wilmersdorf	anwesend
BA – Friedrichshain-Kreuzberg	Frau Tonn	Grünflächenamt	anwesend

Anwohner / Bürger

BI, Verein "Bäume am Landwehrkanal"	Herr Appel	Aktionsbündnis Bäume am Landwehrkanal	anwesend
	Frau Dorbert	Aktionsbündnis Bäume am Landwehrkanal	anwesend
	Herr Heitmann		anwesend
	Frau Kleimeier	Anwohnerin	anwesend nicht anwesend
Bürgerversammlung AG Landwehrkanal	Herr Scharz		
Anwohnervorteiler / innen	Frau Fortwengel	BI	anwesend
	Herr Dohna		entschuldigt
	Frau Guttzeit	BI	anwesend

Schifffahrt

Bundesverband Binnenschifffahrt	Herr Grondke	Fachausschuss Personenschifffahrt	anwesend
---------------------------------	--------------	-----------------------------------	----------

Sonstige / Gäste

WSA-B	Frau Bodenmeier	Öffentlichkeitsarbeit	anwesend
Baumgutachter	Herr Dr. Barsig		anwesend

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung
2. Beschluss über die Tagesordnung
3. Themenbearbeitung Information, Themenbearbeitung, ggf. Beschlussvorlagen:
 - 3.1 Beabsichtigte Baumfällungen
 - Aktuelle Maßnahmen
 - Umgang mit Vereinbarungen und Gestaltung von Transparenz und Kommunikation
 - 3.2 Einpressen der Spundwände im Bereich der Baumsicherungen:
 - Stand der Arbeiten
 - Präsentation der Planungen und Untersuchungsergebnisse
 - Weitere Vorgehensweise
4. Verschiedenes
5. Verabschiedung

1. Begrüßung

Die Mediatoren begrüßten die Teilnehmer/innen des Arbeitskreises Kurzfristige Maßnahmen. Herr Leder konnte krankheitsbedingt und Herr Dohna terminbedingt nicht teilnehmen, beide haben sich für diese Sitzung schriftlich entschuldigt. Frau Enwaldt ließ sich durch Herrn Heitmann entschuldigen.

2. Beschluss über die Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde in der vorgelegten Form von den Teilnehmer/innen bestätigt und beschlossen.

3. Themenbearbeitung:

3.1 Beabsichtigte Baumfällungen

Aktuelle Maßnahmen

Umgang mit Vereinbarungen und Gestaltung von Transparenz und Kommunikation

Aufgrund der beabsichtigten Baumfällungen, die das WSA Berlin kürzlich angekündigt hatte, hatte es zahlreiche Irritationen gegeben, so dass zur Ermöglichung eines konstruktiven Austauschs dieses Thema zusätzlich in die Tagesordnung dieses Arbeitskreises aufgenommen wurde.

Frau Riemer betonte, dass sie einen Fehler hinsichtlich des verabredeten Informations- und Kommunikationsablaufes gemacht habe und dass es ihr sehr leid tun würde, alle Beteiligten in Aufruhr versetzt zu haben. Sie habe unter Stress die besagte Email versendet, ohne dass es wirklich notwendig gewesen wäre. Sie erläuterte wie es dazu gekommen sei und wie sie die anschließenden Reaktionen verschiedener Seiten darauf wahrgenommen habe:

Sie bedauerte, dass ihre Email bezüglich aktuell notwendiger Baumaßnahmen so zahlreiche Kritik und Irritationen bei den Teilnehmer/innen hervorgerufen habe. Zwar habe sie mit einem „Veto“ gerechnet, sei von den Reaktionen auf die Email, die von allen Seiten auf sie zukam, jedoch regelrecht überrollt worden. Sie räumte ein, sich mit Ankündigung und Durchführung der beabsichtigten Fällmaßnahmen aufgrund von Personalengpässen einen Zeitdruck gemacht zu haben, der so nicht notwendig gewesen wäre und der auch entgegen den Absprachen war. Den Zeitdruck habe sie insbesondere dadurch empfunden, dass durch die notwendige Überarbeitung des Baumgutachtens von November 2008 und durch krankheits-, urlaubs- und fortbildungsbedingte Abwesenheiten der Bearbeiter sich der Fortgang sehr verzögert habe. Um im Sinne einer Gefahrenabwehr tätig werden zu können, habe sie versucht, gleich nach ihrem Urlaub kurzfristig zu handeln und habe eine Verteilung der Information über den Email-Verteiler, der im Arbeitskreis Kurzfristige Maßnahmen für „Gefahr im Verzug“ vereinbart worden sei, vorgenommen. Im Nachhinein sei ihr klar geworden, dass dies so nicht korrekt gewesen sei im Sinne der Vereinbarung. Frau Riemer hätte sich indes gewünscht, dass die Reaktionen, die ihre Email hervorgerufen hatte, direkt zu ihr gelangt wären, um ihr selbst die Möglichkeit der Nachbesserung zu geben. Durch die Verteiler in verschiedene Instanzen habe sie das Gefühl gehabt, keine Handlungsspielräume hierfür mehr zu haben.

Frau Kleimeier stellte klar, dass der Fragenkatalog, den sie im Anschluss an die Email formuliert habe, direkt an Sie mit der Bitte um Beantwortung gegangen sei.

Frau Fortwengel äußerte ihre große Enttäuschung, ihren Ärger und ihr Misstrauen anlässlich dieser Aktion. Für sie stellte die Art und Weise des Umgangs einen Rückfall in den alten Stil des WSA dar, der zu der bekannten Eskalation der Konflikte im Sommer 2007 geführt habe. Zudem äußerte sie ihren Verdacht, dass es sich um kein Versehen, sondern um einen bewusst durchgeführten Test seitens des WSA gehandelt habe, um auszuprobieren, wie die Bürger/innen reagieren würden. Außerdem habe sie angesichts des äußerst maroden Zustands der Ufermauern, die durch die jüngsten Untersuchungsergebnisse der Bauwerkerkundungen (Büro GUD) bestätigt worden seien, den Verdacht, dass bei der endgültigen Sanierung doch noch alle Bäume gefällt werden müssten.

Frau Kleimeier ergänzte, dass sie sich auch eine Information wünsche über geplante Rückschnittmaßnahmen von Sträuchern. So seien gegenüber dem Anlieger Riedel am Maybachufer umfangreiche Strauchschnitt- bzw. Rodungsmaßnahmen in diesen Tagen durchgeführt worden ohne eine Information. Weder das WSA noch das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg konnte ihr auf Nachfrage Auskunft darüber erteilen, wer dies veranlasst habe. Dies konnte in der Sitzung auch nicht geklärt werden.

Frau Kleimeier bat außerdem künftig darum, mehr Aufmerksamkeit darauf zu verwenden, wann welche Informationen durch das WSA verteilt würden an die Verfahrensbeteiligten. Es sei ihrer Ansicht nach schon häufig vorgekommen, dass Informationen beispielsweise freitags, kurz vor dem Wochenende verteilt wurden mit dem Hinweis auf einen Arbeitsbeginn am Montag. Dies halte sie für eine qualifizierte Reaktion für eine zu kurze Frist und für keinen angemessenen Umgang miteinander.

Herr Scholz versicherte den Teilnehmer/innen, dass es sich in keiner Weise um einen Testlauf gehandelt habe. Vielmehr hätte das WSA erkannt, dass es sich um eine fehlerhafte Kommunikation handeln würde. Er erkenne an, dass das WSA hier aufgrund mangelnder Erfahrungen teilweise Defizite habe und sicherte zu, dass es sich dieses Themas nun professionell annehmen würde. Die Handlungsweise des WSA solle sich künftig vielmehr durch einen neuen Stil auszeichnen, der mit dem alten nichts mehr gemein haben solle.

Geplant seien folgende Bausteine zur Verbesserung der Kommunikation:

- Einsetzen eines einheitlichen Ansprechpartners im WSA, der nach innen und außen wirken solle;
- Einrichten eines Newsletters;
- Durchführung eines Kommunikations-Workshops für alle WSA-Mitarbeiter/innen, die mit dem Landwehrkanal befasst sind;

Herr Scholz bat die Teilnehmer/innen um Verständnis und Geduld für diesen Bewusstseinswandel im WSA, damit die Bausteine auch ihre beabsichtigte Wirkung entfalten könnten. Dies würde allerdings nicht von heute auf morgen gehen.

Vertreter/innen der BI / des Vereins verwiesen darauf, dass zwischen dem Baumgutachten von November 2008 und der Erkenntnis, dass die Bäume schnell gefällt werden müssten, viel Zeit vergangen und dass dies für die Bürger/innen nach wie vor nicht nachvollziehbar sei. So stellte Herr Appel die Frage, was denn gewesen wäre, wenn ein Baum in dieser Zeit tatsächlich umgefallen wäre. Ein zeitnahes Handeln hätte ja auch schon im November notwendig werden können. Darüber hinaus richteten die Vertreter/innen der BI / des Vereins die Frage an das WSA, warum es sich hinsichtlich der Kommunikationswege nicht an die an die Vereinbarungen gehalten habe. Die sei ein klarer Verstoß gegen gemeinsam verabredete Vorgehensweisen im Umgang mit kurzfristigen Maßnahmen. Die Bürger/innen, die sich hier im Mediationsverfahren engagierten und die eine große Anzahl von Bürgern vertreten, bräuchten Sicherheit über die Verlässlichkeit von Vereinbarungen.

Frau Bodenmeier bekräftigte, dass es erkannt worden sei, dass es sich um ein strukturelles Problem handele und dass daran gezielt gearbeitet werde. Sie bat um Verständnis, dass das WSA im betreffenden Fall unter Druck gehandelt habe, der – wie sich herausgestellt habe – so nicht nötig gewesen wäre. Frau Riemer bekräftigte, dass die Abläufe auf jeden Fall zu optimieren seien: so sei es nicht gut gelaufen.

Aufgrund der Erfahrungen mit dem Mediationsverfahren - des großen aufzubringenden Zeitaufwandes von Seiten der Bürger/innen gekoppelt mit dem Umgang des WSA mit den eben diesen - sprach sich Frau Fortwengel erstmals für eine finanzielle Aufwandsentschädigung der Bürger/innen aus. Außerdem forderte sie eindringlich einen fairen und ehrlichen Umgang des WSA und der WSV mit den Bürger/innen ein. Die Vertreter/innen der BI / der Vereins äußerten ihre Sorge darüber, dass sich dies wiederholen könne. In dem anstehenden Fall handele es sich um eine kleine Baumaßnahme, aber was stehe zu befürchten, wenn es künftig um größere Dinge gehen werde. Zudem wurde Kritik darüber geäußert, dass angegeben wurde, die Benehmensherstellung mit den Bezirken würde laufen, eine Information an die Forumsbeteiligten wäre hingegen nicht erfolgt, so dass hier somit mit unterschiedlichem Maß gemessen werde. Nachdem Frau Riemer daraufhin erklärte, dass die Anfrage zur Herstellung des Benehmens erst am 3. Februar 2009 erfolgt sei, baten die Teilnehmer/innen um Klärung, wieso in der Email vom 28.02.2009 seitens des WSA erklärt wurde, die Benehmensherstellung sei seit Mitte Januar 2009 bereits angestoßen worden. Eine Klärung darüber wurde zugesagt.

Die Bürger/innen und Vertreter/innen von BI/Verein erklärten, trotz aller Enttäuschung den eingeschlagenen Weg des konstruktiven Miteinanders weiter beschreiten zu wollen und drangen zugleich darauf, dass die Einhaltung der gemeinsam getroffenen Vereinbarungen zwingende Voraussetzung hierfür sei. Frau Kleimeier verwies in diesem Zusammenhang auf das gemeinsame große Ziel, welches nicht aus den Augen zu verlieren sei.

Herr Scholz erläuterte, dass das WSA zwischen den Zwängen der Verkehrssicherung und der Einhaltung von im Mediationsverfahren getroffenen Vereinbarungen stünde und laufend in der Pflicht sei, Entscheidungen treffen und entsprechend handeln zu müssen. Wie ausgeführt sei die dünne Personaldecke anfällig dafür, dass Fehler passieren könnten. Dies geschehe jedoch immer ohne Absicht und sei dem hohen Arbeitsdruck geschuldet, der auf den Mitarbeiter/innen laste. Dieses Dilemma sei erkannt worden, und die angekündigten Maßnahmen sollen ein Schritt in eine andere Richtung sein.

Die Bürger/innen und Vertreter/innen von BI/Verein äußerten Verständnis für den Wunsch des WSA nach mehr Personal zur Entlastung, vertraten aber zugleich die Auffassung, dass sie sie keine andere Möglichkeit sehen, die gemeinsam getroffenen Vereinbarungen auch umgesetzt zu sehen, als weiterhin höchst aufmerksam die Abläufe zu verfolgen und den Druck aufrecht zu erhalten, wenngleich sie dies selbst nicht glücklich mache. Sie bekräftigten, den eingeschlagenen Weg der Mediation gemeinsam weiter gehen zu wollen. Dies entspreche auch dem Wunsch der Gruppen, die sie vertreten. Für den weiteren Fortgang appellierten Sie an die Beteiligten, alles daran zu setzen, die gemeinsam getroffenen Vereinbarungen einzuhalten: Dies würde die Vertreter/innen der Bürger/innen, der BI und des Vereins von dem jeweils im Anschluss an Fehler entstehenden Rechtfertigungsdruck von außen entlasten. Sie selber würden durch solche Ereignisse in eine schwierige Situation gegenüber den Personen geraten, die sie in der Mediation vertreten würden.

Auf die Frage der Teilnehmer/innen nach dem Stand der Umsetzung hinsichtlich des in Aussicht gestellten Newsletters des WSA, erläuterte Frau Bodenmeier, dass die Vorbereitungen dazu im Gange seien und es bisher aufgrund von technischen Schwierigkeiten noch nicht zur Umsetzung gekommen sei. Eine Klärung sei in Sicht und der erste Newsletter würde voraussichtlich noch im Monat Februar oder Anfang März 2009 – und ab dann monatlich - verschickt werden können.

Die Mediatoren fassten zusammen, dass die Diskussion gezeigt habe, dass es eine Sache sei, dass Fehler geschehen würden und eine andere Sache wie anschließend damit umgegangen werde. Sie betonten mit Blick auf die BI / den Verein, dass diese die Situation nicht ausgenutzt hätten, indem sie beispielsweise eine eher anklagende und auf Konfrontation ausgerichtete Presseerklärung herausgegeben hätten. Vielmehr sei erkannt worden, dass man sich damit die Möglichkeit nehmen würde, zuerst intern zu verhandeln und so gemeinsam handlungsfähig zu bleiben. Dies sei auch für die künftige weitere Zusammenarbeit wichtig, dass mit Fehlern und Schwierigkeiten auf allen Seiten konstruktiv umgegangen werde.

Der Arbeitskreis kam darin überein, dass künftig bei Fehlern, Schwierigkeiten, Diskrepanzen o.ä. der Kommunikationsweg wie folgt eingeschlagen werden sollte, um die notwendige Transparenz für alle Verfahrensbeteiligten sichern zu können:

- Frage/Hinweis/Info an: „Fehlerquelle/Verursacher“ + Mediatoren
- Im Falle des WSA gilt zusätzlich:
Frage/Hinweis/Info an: „Fehlerquelle/Verursacher“ + Mediatoren + Öffentlichkeitsarbeit (Frau Bodenmeier)

Anschließend wurde diskutiert, was künftige Rahmenbedingungen, Ziele und Vorgehensweisen für den Umgang mit notwendigen Baumbegutachtungen am Landwehrkanal wären.

Zum Hintergrund erläuterte Frau Riemer:

Das WSA führt regelmäßig und selbst Baumschauen durch.

Bei nicht selbst beurteilbaren Schäden, werden Gutachter seitens des WSA hinzugezogen.

Für die Auswahl von in Frage kommenden Gutachtern gibt es einen mit den Bezirksämtern abgestimmten Gutachterpool, auf den bei Bedarf zurückgegriffen werde.

Wichtige Rahmenbedingung für die Durchführung von Baumbegutachtungen sei eine Beurteilung der Bäume unter dem obersten Ziel der Gewährleistung der Verkehrssicherheit. Naturschutzaspekte und Ziele des Baumerhalts würden auch berücksichtigt, jedoch bisher nicht mit der gleichen Priorität. Darüber könne man allerdings reden.

Im vorliegenden Fall, bei dem zur Begutachtung der betreffenden Bäume die Firma FAU GmbH hinzugezogen worden sei, die daraufhin die Fällempfehlungen ausgesprochen habe, sei dies auch das übliche Prozedere gewesen. Nach der berechtigten Kritik an der in der bereits mehrfach angesprochenen Email habe es einen kurzfristigen Ortstermin mit Herrn Dr. Barsig gegeben, der dann sehr zeitnah sein Gutachten zu den besagten Bäumen abgegeben habe. Die beiden dann vorliegenden Gutachten seien inhaltlich nicht gleich, weshalb Frau Riemer die Frage aufwarf, wie das WSA zukünftig mit solchen Situationen umgehen sollte. Letztlich sei das WSA in der Verantwortung eine Entscheidung darüber treffen zu müssen, welcher gutachterlichen Entscheidung es folgen würde.

Herr Dr. Barsig gab die Empfehlung ab, die jeweiligen Gutachter zukünftig darüber zu informieren, dass im Unterhaltungsplan stehen würde: Totholz sei zu erhalten, wenn die Verkehrssicherungspflicht erfüllt sei. Diese Tatsache sei aus seiner Sicht den Gutachtern oft nicht bekannt.

Im Arbeitskreis wurde verabredet, dass künftig bei der Begutachtung von Bäumen am Landwehrkanal

- Aspekte der Verkehrssicherheit gleichrangig neben Aspekten des Artenschutzes (z.B. Erhalt von Hochstubbten) und des Baumerhalts gewichtet werden sollten bei Gutachtenbeauftragung, -erstellung und im Abwägungsprozess;

- Hr. Scholz erklärte sich namens des WSA bereit, entsprechend des geltenden Unterhaltungsplans evtl. höhere Pflegekosten im Zusammenhang mit dem Totholz-Erhalt zu tragen;
- der jeweils neueste Stand der Technik in die Begutachtung einfließen soll (Hinweis insbesondere auf die in oder kurz vor Einführung befindliche „Richtlinie zur Baumkontrolle“ der BfG, deren schnellstmögliche Umsetzung das WSA zusagt)
- den in Frage kommenden Baumgutachtern der vorhandene Unterhaltungsplan zur Kenntnis und Beachtung zur Verfügung gestellt werden soll.

Herr Heitmann äußerte die Hoffnung, dass diese Vereinbarung dazu führen könnte, dass ein Gegen-Gutachten durch Herrn Dr. Barsig nicht mehr immer notwendig sein werde. Allerdings müsste dies die nächsten Male durch Herrn Dr. Barsig geprüft werden.

Im Arbeitskreis wurde außerdem im Umgang mit den beabsichtigten Baumfällmaßnahmen verabredet:

- das WSA folgt den Empfehlungen des Gutachtens von Dr. Barsig, der hierfür die Haftungsverantwortung übernimmt;
- Das WSA trägt entsprechend dem geltenden Pflege- und Unterhaltungsplan für die Gewässerrandstreifen den mit dem Erhalt der Bäume einhergehenden Pflegemehraufwand.

Das WSA bot den Teilnehmer/innen des Arbeitskreises kurzfristig einen Ortstermin an, an dem alle Bäume gemeinsam besichtigt werden könnten, die gefällt werden sollen:

- Termin am 17. Februar 2009, 15.00 Uhr an der Unterschleuse;
- Anschließend informiert das WSA über das Ergebnis des Termins und die nächsten Schritte, sowie den Termin der Fällung und die ausführende Baumfirma.

Bei angekündigten Baum-Maßnahmen des WSA soll zum besseren Verständnis außerdem künftig

- bezüglich der Ortsangabe immer zusätzlich neben der km-Angabe auch Bezirk, Straße und Hausnummer bzw. die Nähe zu einer Brücke (Name) mit angegeben werden;
- zwischen akuter Gefahr und potenzieller Gefahr deutlich unterschieden werden.

Die Diskussion der Frage, wie künftig mit einzuholenden Baumgutachten umgegangen werden und das Einholen von Gutachten und Gegen-Gutachten vermieden werden kann, das auch keiner der Teilnehmer/innen als wünschenswert erachtete, hat ergeben, dass

- Herr Dr. Barsig mit in den Gutachterpool des WSA aufgenommen wird;
- versucht werden soll, durch eine künftige Präzisierung der Begutachtungsaufgabe mittels oben beschriebener Punkte (gleichwertige Gewichtung des Artenschutzes u.a.) mehr Sicherheit für eine von allen Beteiligten akzeptierte Umgangsweise mit Bäumen zu erlangen.

Frau Tonn ergänzte, dass sie die beiden Gutachten von Dr. Barsig und FAU GmbH für gar nicht so gegensätzlich halten würde. Im Fall der Pappel bedeute sowohl eine „Fällung“ als auch eine „Kappung“ nicht Baumerhalt. Bei einer Kappung, die gegenüber einem „Rückschnitt“ nicht habitusgerecht durchgeführt werden könne, würde der Unterhaltungsaufwand noch steigen und dauerhaft hoch sein gegenüber einer Fällung – insbesondere bei Baumarten wie Pappel und Weide -, da die Schnittstellen potenzielle Schadensrisiken darstellten (Faulstellen, Pilze u.a.m.), bzw. da diese eine Ständerbildung nachwachsender Austriebe provozieren und der Torso immer wieder geprüft werden müsste. Herr Dr. Barsig stimmte dem zu, beide kamen darin überein, dass es sich hier nicht um eine baumerhaltende Maßnahme handele, mit dem Stehenlassen des Hochstubbens und dem daraus folgenden Totholzerhalt hingegen Artenschutzziele verfolgt werden könnten.

Der Arbeitskreis schlägt vor, dass das WSA künftig

- die Bereiche, in denen Bäume begutachtet und ein Gutachten beauftragt werden soll, über den Email-Verteilerkreis für „Gefahr im Verzug“ bekannt gibt;
- bezüglich der Ortsangabe immer zusätzlich neben der km-Angabe auch Bezirk, Straße und Hausnummer bzw. die Nähe zu einer Brücke (Name) mit angibt.
- den Beteiligten des Email-Verteilerkreises für „Gefahr im Verzug“ bei latenter Gefahr 3 Wochen Zeit einräumt für Veto / Rückmeldungen;
- nach Ablauf dieser Frist darüber informiert, ob und welche bzw. dass keine Rückmeldungen eingegangen seien und was die nächsten Schritte sein werden;
- über beabsichtigte Baumfällungen im Anschluss an diesen Verfahrensablauf informiert mit Angabe des Fälltermins und der ausführenden Firma.

3.2 Einpressen der Spundwände im Bereich der Baumsicherungen:

Stand der Arbeiten

Präsentation der Planungen und Untersuchungsergebnisse

Weitere Vorgehensweise

Die Vertreter/innen des WSA berichteten, dass der aktuelle Stand der Arbeiten auf der Homepage des WSA jede Woche eingestellt würde.

Zu den einzelnen Abschnitten:

- Abschnitt 1: Die Einbringtechnologie musste hier bereits zum zweiten Mal geändert werden: Weder ein Pressen noch ein Rammen der Spundwandbohlen sei hier möglich. Die Baufirma lasse nun zunächst ein entsprechendes Trägergerät bauen, um die notwendigen Vorbohrungen vornehmen zu können, welches wiederum das Setzen der Spundwandbohlen erst ermöglicht. Dieses zu bauende Gerät könne auch über den Einsatz bei dieser Baumaßnahme hinaus an anderer Stelle benutzt werden.
- Abschnitt 2: 60 m Bohlen mit jeweils 6 m Länge seien eingebracht. Jede 2. Bohle werde aufgestockt. Es gebe keine Probleme mit Bäumen. Ende der 7. KW 2009 werde man hier mit den Arbeiten fertig sein.
- Abschnitt 3: Baustopp. Ende der 7. KW 2009 werde es voraussichtlich weiter gehen.
- Abschnitt 4: Baustopp. Aufgrund notwendiger Schutzmaßnahmen zum Schutz der Möckernbrücke, die seitens der Senatsverwaltung gefordert werden, ist die Weiterarbeit bis zur Klärung ausgesetzt.
- Abschnitt 5: Mit dem Aufstocken der Bohlen soll ab Montag, den 16.02.2009 begonnen werden.
- Abschnitt 6: Mit dem Einbau der Startbohlen soll am 23.02.2009 begonnen werden.

Die Startbohlen seien bis auf in Abschnitt 6 in allen Abschnitten gesetzt.

Frau Riemer betonte, dass für die Weiterarbeit die Zustimmung des Arbeitskreises und letztlich des Forums zu entsprechenden Baumschnittmaßnahmen in den Abschnitten 3 und 6 notwendig sei. Insgesamt würde es sich um 5 Bäume handeln. Die jeweils vorgeschlagenen Baumschnittmaßnahmen seien bereits mit Herrn Dr. Barsig abgestimmt worden.

Für das Einbringen der Spundwandbohlen über Abschnitt 3 hinaus empfahl der Arbeitskreis, für Abschnitt 6 noch keine Zustimmung zu erteilen:

Frau Riemer erläuterte, dass verschiedene Arten der Darstellung der notwendigen Baumschnittmaßnahmen ausprobiert worden seien. In einer Power-Point-Präsentation wurden den Teilnehmer/innen die Ergebnisse der tachymetrischen Messungen an den betroffenen 5 Bäumen dargestellt. Aus diesen Darstellungen wurde ersichtlich, welche Äste wie beschnitten werden müssten. In diesem Zusammenhang erläuterte Frau Riemer auch, dass das WSA entschieden habe, aufgrund der problematischen Bodenbeschaffenheit die Bohlen weniger tief einzubringen als ursprünglich geplant. Zudem werde auf jede zweite Bohle eine weitere aufgesetzt und diese dann tiefer ins Erdreich eingebracht.

Da die konkrete Tiefe und die jeweilige Stückelung nicht gänzlich klar wurde, wurde hierzu kurzfristiger Klärungsbedarf erbeten und seitens des WSA auch zugesagt.

Das WSA erklärte, die Einbindetiefe im Erdreich sei in allen 6 Abschnitten gleich und sowohl als temporäre Sicherungsmaßnahme als auch als endgültige Lösung geeignet. Hierüber gebe es ein Ergänzungsgutachten, das dies bestätigen würde.

Mehrere Teilnehmer/innen äußerten ihre große Skepsis darüber, ob die nunmehr beabsichtigte Einbringungstiefe der Spundwandbohlen und die beabsichtigte Stückelung tatsächlich auch für eine endgültige Lösung ausreichen würden. Bisher sei man davon ausgegangen, dass eine größere Einbindetiefe erforderlich sei.

Der Arbeitskreis vereinbarte, dass die Statischen Berechnungen kurzfristig, d.h. bis zum 13.02.2009 Frau Kleimeier - der der Arbeitskreis die Prüf-Kompetenz verlieh - zur Verfügung gestellt werden sollten. Frau Kleimeier sicherte eine rasche Prüfung und Rückmeldung zu.

Da in Abschnitt 6 ein Baubeginn für den 23.02.2009 geplant sei, wurde um schnellstmögliche Rückantwort gebeten, damit es zu keinen bauzeitverlängernden Auswirkungen komme. Die Teilnehmer/innen äußerten einerseits Verständnis dafür, dass versucht werden sollte, hier schnell zu handeln, andererseits drängten sie, keinen übermäßigen Druck auf die Prüfung der statischen Berechnungen durch Mitglieder des Arbeitskreises auszuüben, da der nun herrschende Zeitdruck nicht durch diese verursacht worden sei.

Dieses Kriterium der Eignung der Spundwandbohlen für endgültige Lösungen, insbesondere bei der verkürzten Einbindetiefe, sei Bedingung dafür, dass der Arbeitskreis dem Forum die Zustimmung zu den beabsichtigten Baumschnittarbeiten an den betreffenden Bäumen Nr. 25, 26, 27 und 28 im Abschnitt 6, Tempelhofer Ufer gemäß Gutachten von Dr. Barsig empfehlen könne. Vorbehaltlich der Prüfung der statischen Unterlagen stimmte der Arbeitskreis somit den vorgeschlagenen Baumschnittmaßnahmen zu. Sollte Frau Kleimeier grünes Licht erteilen (d.h. das statische Gutachten stellt auch eine endgültige Lösung in den besagten Abschnitten sicher), wird eine entsprechende Beschlussvorlage für das Forum über die Mediatoren ausgesendet.

Für Baum Nr. 17 (Weide) wurde diese Bedingung nicht gestellt. Die Teilnehmer/innen äußerten, dass es sich um einen Minimal-Eingriff handeln würde, dem die Zustimmung im Umlaufverfahren durch den AK empfohlen werden könne.

Die Mediatoren wurden beauftragt, eine Beschlussvorlage entsprechend den Beratungen im AK zu erarbeiten:

„Beschlussvorlage

(erarbeitet im AK „Kurzfristige Maßnahmen“ am 11. Februar 2009)

Umgang mit Baum Nr. 17 (Weide) in Abschnitt 3

Auf Grundlage der Empfehlungen von Dr. Barsig vom 23.01.2009:

„Baumsicherung durch wasserseitigen Einbau von Stahlspundwänden Ergebnisse der Messungen zum Lichtraumprofil am LWK Tempelhofer Ufer 35a, Abschnitt 3 – Weide Nr.17“

beschließt das Mediationsforum auf Empfehlung des Arbeitskreises „Kurzfristige Maßnahmen“,

dass die darin beschriebenen Maßnahmen zum Schutz der Weide Nr. 17 durchgeführt werden sollen mit dem Ziel, einen kleinstmöglichen Eingriff in die Krone des Baumes zu erreichen:

Allerdings erfordert dies ein abgestimmtes Management zwischen Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, ausführender Baufirma sowie der baumsichernden Baumpflegefirma unter Aufsicht des Baumsachverständigen.

Die Durchführung der Arbeiten kann nur simultan erfolgen, um ein optimales Einbringen der Spundwandbohlen zu ermöglichen und andererseits um Beschädigungen an den Bäumen zu minimieren oder gar auszuschließen. Für die baumpflegerischen Arbeiten ist die Anwesenheit von Seilkletterern erforderlich.

Der Durchführung der Maßnahmen an Weide Nr. 17 stimmt das Forum unter diesen Bedingungen zu.“

Grundsätzlich empfahl Dr. Barsig ein synchrones Arbeiten von Baumbeschneidung und Spundwandeinpressung. Darüber hinaus sollte dann auch die Baumschutzfirma vor Ort sein, um möglichst viele Äste zu erhalten.

4. Verschiedenes

Der Arbeitskreis kam darin überein, dass, wenn es sich abzeichne, dass es einmal zu gravierenden Änderungen kommen würde am geplanten Bauablauf, eine frühzeitige Information darüber an die Forumsmitglieder erfolgen solle. – Dies gelte auch, wenn sich nur „Fragezeichen“ ergeben würden.

Herr Scholz wies darauf hin, dass die Arbeiten an den bisherigen Abschnitten gezeigt hätten, dass gravierende Probleme auftreten könnten.

Für die Eingriffe in den Baumbestand im Zuge der Maßnahmen sagte Herr Scholz zu, Ersatzbaumpflanzungen zu ermöglichen (Anzahl: 7 minus x). Vorgeschlagen wurden WSA-Flächen am Salzufer.

5. Verabschiedung

Die Mediatoren dankten den Teilnehmer/innen des Arbeitskreises für den konstruktiven Austausch und verabschiedeten alle Teilnehmer/innen des AK Kurzfristige Maßnahmen.